

Mitarbeiter von sieben Behinderten-Werkstätten erarbeiteten in Krautheim sieben Thesen zur Gleichberechtigung

Behinderte wollen gleiche Rechte statt Fürsorge

Von Barbara Griesinger

„Mittendrin statt außen vor“ wollen Menschen mit Behinderung sein. So formulierten es die Werkstattträte von sieben Behinderten-Werkstätten in den sieben Krautheimer Thesen. Doch von Gleichberechtigung fühlen sie sich weit entfernt. Deshalb überreichten sie in Krautheim ihre Forderungen dem Hohenloher Bundestagsabgeordneten Christian von Stetten.

„Die Krautheimer Thesen wollen dokumentieren: Es muss sich etwas tun. Wir lassen uns nicht alles gefallen“, fasste Gastgeber Burkhard Wegner, Leiter der Krautheimer Werkstätten für Behinderte zusammen. Am Europäischen Tag der Menschen mit Behinderung hatten die Vertreter von Behinderteneinrichtungen der Region in Gruppenarbeit Forderungen formuliert.

Ein Schlaglicht werfen die Thesen für Krautheims Bürgermeister Andreas Köhler auch auf das Selbstverständnis von Menschen mit Behinderung. Sie wollten „keine bemitleidenswerten Objekte“ sein. Vielmehr wollten sie „Chancen haben wie andere auch, ein selbst bestimmtes Leben zu führen und als Mitbürger angesehen werden.“

Keine Aussonderungsethik, gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Be-

reichen, Bestandswahrung in der Gesundheitsreform, konsequente Umsetzung der Sozialgesetzgebung, individuelle Handhabung des persönlichen Budgets, keine zusätzlichen Belastungen für Behinderte und deren Angehörige sowie Finanzierung des Werkstatttrates – das sind die sieben Kernforderungen, die Christian von Stetten mit nach Berlin nehmen sollte. Sieben weitere Thesenpapiere konkretisierten

„Die Krautheimer Thesen wollen dokumentieren: Es muss sich etwas tun.“

Burkhard Wegner

diese Forderungen. Flächendeckend behinderten- und rollstuhlgerechte öffentliche Gebäude sowie öffentliche Verkehrsmittel, die auch für Menschen mit Handicaps uneingeschränkt zu benutzen sind gehörten ebenso dazu wie Verbesserungen im Arbeitsleben. „Wir fordern „Anerkennung unserer Arbeitsleistungen in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung und einen Verdienst, der unseren Lebensunterhalt sichert,“ hieß es in Krautheim, um nur einige der Forderungen zu nennen. Auf Sozialhilfe wollen sie nicht angewiesen sein.

Doch genau das befürchten viele

Menschen mit Handicap, könnte in Zukunft vermehrt passieren. Auch die Gesundheitsreform erfüllt deshalb viele mit Sorge. „Eingeschränkte Bewegungsfreiheit“ erwartet eine Rollstuhlfahrerin, wenn sie künftig weniger Heilmittel und Heilgymnastik bekommen wird.

Bundestagsabgeordneter Christian von Stetten (CDU) versprach den Forderungskatalog mit nach Berlin zu nehmen. Er will die Resolution dem CDU-Experten für Behindertenfragen, Hubert Hüppe vorlegen. Er könne klarlegen, in wieweit sich die Krautheimer Thesen mit der CDU-Position zur Behindertenpolitik decken oder klären, warum welche Forderungen noch nicht umgesetzt sind. „Auf dem Weg von der Fürsorge hin zur Gleichberechtigung begleite ich Sie gerne“, versprach er in Krautheim. Deshalb habe er Hüppe in den Hohenlohekreis eingeladen. „Dann haben auch Sie die Möglichkeit nachzuhaken.“

Info

Formuliert haben die Thesen Mitarbeiter der Krautheimer Werkstätten, Beschützenden Werkstätte Heilbronn, des Therapeutikums Heilbronn, der Evangelischen Stiftung Löwenstein, Samariterstiftung Obersontheim, sozialtherapeutischen Gemeinschaften Weckelweiler und der Alois-Eckert-Werkstätte Lauda-Gerlachsheim.



Steffen Gebhard, Mitarbeiter der Krautheimer Werkstätten, überreichte Christian von Stetten die Resolution. (Foto: Barbara Griesinger)